

schwer zu fassende Grauzone zwischen "wertkonservativen" FAZ-Essayisten und expliziten Rassismus-Theroetikern gibt, man/frau denke nur an das "Heidelberger Manifest". Dies ist eine Erklärung von Heidelberger Professoren mit braunem Einschlag vom Beginn der 80er Jahre, mit der sich gerade ein Seminar am Historischen Seminar beschäftigt - möglicherweise gibts da einen Extra-UNIMUT-Artikel zu.

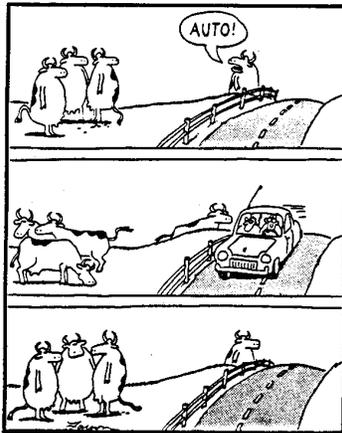
Im Folgenden reise ich kurz die Namen einiger Gruppen an, was weder die schier überwältigende Informationsfülle des Vortrages noch die tatsächliche Zahl relevanter und gefährlicher Gruppen vollständig widerspiegelt - für ein vollständiges Bild verweise ich auf regelmäßige Lektüre vom "blick nach rechts" (s.o.).

**"Junge Freiheit"** - eine sich undogmatisch gebende Zeitung aus der Nähe von Freiburg, Auflage 25.500 Exemplare. Zielgruppe sind junge AkademikerInnen, entsprechend dynamisch das Lay-Out. Inhaltliche Kostproben von Mitarbeitern: "Der 30.1.1933 war nun einmal die bis dahin friedlichste Revolution der deutschen Geschichte", dies von einem Ex-Chef der Wiking-Jugend, der größten rechtsextremen Jugend- bzw. Kinderorganisation. Chefredakteur des Blattes ist Dieter Stein, Ex-RHV(s.u.)-Chef von Freiburg. Das Programm der Zeitung formulierte er als "Besetzung von Feldern im vopolitischen Raum", denn "der publizistische, vopolitische Raum bietet genügend Raum, um verlorenes Terrain wiederzugewinnen" (auf einem Kongreß "Initiative Deutschland", 3.11.90 in Koblenz). Dies zeigt die Gefährlichkeit dieses Ansatzes: Ohne offen als politische, also rechtsextreme Partei aufzutreten, soll durch "Publizistik", d.h. akademisch verputzte Verhetzung rassistisches und antiliberales Gedankengut so weit verbreitet werden, bis auch im politischen Raum wieder aufgetreten werden kann.

Wenn mensch sich die öffentliche Diskussion zum Thema Asyl anschaut, scheint diese Strategie schon weit vordgedrungen zu sein.

**"Bund gegen Anpassung/Bund zur Verbreitung unerwünschter Einsichten"** - politisierende Psycho-Sekte, die sich ursprünglich auf Marx und den Psychoanalytiker Reich berief, aber jetzt eindeutig ins rechtsextreme Lager gewendet ist. Z.B. verkauft der Ahriman-Verlag, der dem BgA gehört, auf der Frankfurter Buchmesse Aufkleber mit: "5 Milliarden sind 4 Milliarden zuviel - Bevölkerungsreduktion ist der beste Beitrag zum Umweltschutz - gilt auch hier in Europa". Der Ahriman-Verlag bringt monatlich sog. "Ketzerverbriefe" heraus, für die auch in FR und taz (!) inseriert wird, und die sich in den Anzeigen noch ein linkes Flair geben -also Vorsicht! Besonders schlimm ist das aggressiv-militante Auftreten der Reisekader, mit denen auch bei Vorträgen in Heidelberg üble Erfahrungen gemacht wurden. Auf einen UNIMUT-Artikel hin, in dem der Druck der BgA-Leute auf Frauen, Linke, Grüne, HIV-Positive (BgA-Forderung: Zwangstätowierung) und Katholiken beschrieben wurde, halsten sie der damaligen Kastrator-Vorsitzenden eine Zivilklage auf, die allerdings niedergeschlagen wurde. Dies zeigt schon, daß die Gruppe aufs Geld nicht so zu achten braucht: Die Ex-Studis sind jetzt Diplom-Psychologen, Ärzte und ähnliches und haben darüberhinaus reichlich Immobilienbesitz in Freiburg. Daher steht

zu befürchten, daß sie auch weiter in den Unistädten auftauchen und die Leute terrorisieren, die ihnen ihre Feindbilder liefern.



**"Bund Nationaler Studenten (BNS)/Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)"** 1956 wurde in Heidelberg der BNS als erste rechtsextreme Hochschulorganisation nach dem SRP-Verbot gegründet. Gründungsmitglieder waren u.a. Martin Mußnug, später NPD-Vorsitzender, jetzt Deutsche Liga-Vorstandsmitglied und Peter Deius, jetzt Herausgeber von "Nation Europa" (s.o.). 1959 gab es 26 Ortsgruppen mit zusammen 400 Mitgliedern, die Zeitung "Student im Volk" hatte eine Auflage von 10.000 Stück. Ab 1960/61 wurde das Verbot der Organisation auf Landesebene eingeleitet, Nachfolgeorganisation wurde der an die NPD angegliederte NHB (1966 in Tübingen gegründet), der NHB ist weniger als Hochschulgruppe als vielmehr als Ideologie-Lieferant für die NPD bedeutsam, so hat auf dem 24. ordentlichen Bundeskongreß im Juli eine Strategiedebatte stattgefunden, in deren Folge verstärkt Neu-Rechtes Gedankengut auch in die NPD getragen wird. Insbesondere werden schein-linke Versatzstücke in die Ideologie integriert, z.B. wir das Konzept der "kulturellen Hegemonie" des italienischen Sozialisten Antonio Gramsci (Sozialismus durch Aufklärung statt durch politische Aktivitäten) "übernommen" - hier ist auch der Anknüpfungspunkt zur Arbeit im "publizistischen, vopolitischen Raum", wie sie der Junge-Freiheit-Chefredakteur formulierte. Nur daß das dahinterstehende Ziel nicht die gerechte, sondern die reinrassige Gesellschaft ist.

Auch grüne Versatzstücke werden eingebaut, Themen wie Intifada, Zerstörung (deutscher) Umwelt oder die "selbstzufriedene und raffgierige Gesellschaft" dienen als Aufhänger, um Rechtsextremismus außerhalb des rechten Spektrums zu verbreiten. Der NHB sagt von sich, er verträte einen "3. Weg" mit "Volksmacht statt Parteien-Bewormung", "sozialer Gerechtigkeit", "Natur- und Lebensschutz", "Zivilisationskritik" und der Frage der "nationalen Souveränität".



**"Burschenschaften"** - die Erwähnung dieser Organisationen in diesem Zusammenhang löste eine Diskussion zwischen mutmaßlichen Burschenschafts- oder Verbindungsangehörigen und dem Referenten aus. Diese referierte ich hier nicht, sondern nur, daß die Burschenschaft "Danubia" aus München wohl allgemein als rechtsradikal anerkannt ist und daß der Sprecher der "deutschen Burschenschaft", Michael Vogt, von der Danubia kommt (der RHV (s.u.) wurde am 16.5.1985 dort gegründet, und die Danubia kooperiert mit dem GDS, einer Art Vertriebenen-Bund-Studi-Organisation, der nach einem von ihr veranstalteten Seminar mit bekannten europäischen Rechtsextremisten die Förderung durch die Bundesregierung aberkannt wurde)). Zumindest über die Hitler-vorbereitende Rolle vieler Burschenschaften in den 20er Jahren sollte es auch keine Diskussion mehr geben. So viel also hierzu, schließlich nur noch ganz kurz der "Republikanische Hochschulverband (RHV)" - Rep-Studi-Organisation, sollte die Intellektualisierung der Reps vortreiben, ein Projekt, daß gescheitert ist. Der RHV war z.B. in Freiburg, München, Frankfurt/Main, Münster oder Erlangen einige Jahre aktiv und sollte auch in Heidelberg gegründet werden. Es besteht jedoch mittlerweile keine Ortsgruppe mehr, sondern nur noch formal der Bundesverband. Allerdings sind die Leute nicht verschwunden, sondern, wie oben beschrieben, nur in andere Bereiche abgewandert, z.B. die "Junge Freiheit" oder die Deutsche Liga.



... und das Fazit:

1. Die Organisationen wechseln, das rechte Netzwerk bleibt bestehen und hat um so mehr Erfolg, je "vopolitischer" es arbeitet.
2. Die Gefahr besteht nicht mehr so sehr im Wiederaufleben des deutsch-antisemitischen Hitler-Faschismus, sondern, um mit Habermas zu sprechen, darin, daß "Verfassungspatrioten" zu "Wirtschaftschauvinisten" werden - und dies sich mit einem grün überpinselten Eurorassismus paart.

Matthias

P.S.

Leider konnten wir vom 2. Antifa-Vortrag, dem Bericht von Max Mannheimer über seine Zeit in den Konzentrationslagern Theresienstadt, Auschwitz, Warschau und Dachau, keinen Bericht bringen. Es gibt aber im Kastrator (Lauerstr. 1.2. Stock) noch Kopien eines Aufsatzes von ihm aus den "Dachauer Heften", der einer schriftlichen Fassung des Vortrages gleichkommt. Ich halte es für unabdingbar, Berichte wie diesen zu lesen und aufzunehmen, und an sich heranzulassen, wozu der deutsche Staat fähig gewesen ist.

## Veranstaltung des Antifa-AK der FSK

Anton Maegerle arbeitet seit langem politisch gegen rechtsextreme und rassistische Strömungen. Zur Zeit schreibt er u.a. für den sozialdemokratischen Presdienst "blick nach rechts", der wichtigsten Informationsquelle auf diesem Gebiet (erscheint 14-tägig und ist im Kastrat beim Antifa-AK einsehbar, Di 9-11h, ansonsten auf Anfrage).

Beginnen möchte ich meine Zusammenfassung mit einer Erläuterung des Begriffs "rechtsextrem", wie sie Anton gegeben hat und worüber sich UB-füllende wissenschaftliche Diskussionen führen ließen, worum es hier jedoch nicht in erster Linie geht. Anschließend gibts dann einen Überblick über die Entwicklung der Rechten seit der militärischen Befreiung vom Hitler-Faschismus 1945 im allgemeinen und danach der rechtsextremen Hochschulgruppen im speziellen.

### Was ist Rechtsextremismus?

"Rechtsextremismus" ist

- antiliberal
- antiparlamentarisch
- antiamerikanisch
- (Antikommunismus spielt keine große Rolle mehr...)
- autoritär
- nationalistisch
- zivilisationskritisch
- fremdenfeindlich

Das Wertesystem bzw. die zugrundeliegende politische Ideologie beruht auf den Ideen eines völkischen Nationalismus ("Volksgemeinschaft"), dem Führerprinzip und einem elitär-rassistischen Denken, das die Zugehörigkeit zur "Rasse" an die biologische Abstammung knüpft. Hieraus folgen Ausländer- und Fremdenhaß und insbesondere die Ablehnung von Werten wie den allgemeinen Menschenrechten und der Würde des Einzelnen, der Gewaltenteilung und der demokratischen Willensfindung gleichberechtigter StaatsbürgerInnen sowieso, mithin den fundamentalen Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie 1952 vom Bundesverfassungsgericht im sog. SRP-Urteil (s.u.) festgelegt worden sind. Und deshalb nennt man das auch Extremismus.

### Die Entwicklung seit 1945

**1. Phase bis 1949:** das Ex-NSDAP-Spektrum war organisatorisch weitgehend zersplittert wegen der Lizenzierungspolitik der Alliierten. Schon damals bildete sich eine Arbeitsteilung zwischen "harmlosen" sich konservativ und kooperativ gebenden Gruppen einerseits und offenen Nazigruppen auf Konfrontationskurs zum sich etablierenden System. Verdeckt gab es jedoch immer Vernetzungen zwischen beiden Teilen des Spektrums. Bemerkenswert ist noch, daß so kurz nach der Nazidiktatur und dem verlorenen Krieg die alten Nazis bereits wieder Sympathien gewannen, vor allem durch den von Entnazifizierung und Kollektivschuldthese erzeugten Druck (nicht, daß es ohne Entnazifizierung weniger Nazis gegeben hätte).

**2. Phase 1949 bis 1964:** 1949 wurde mit der SRP (Sozialistische Reichspartei) erstmals wieder eine größere Partei gegründet, die sich offen auf die NSDAP

Bericht vom 3. Antifa-Vortrag in diesem Wintersemester:  
Zur Situation im rechten und rechtsextremen Spektrum unter besonderer Berücksichtigung der rechtsextremen Hochschulgruppen gehalten von Anton Maegerle, Duisburg, am 28.11.91 in der Neuen Uni.

berief (und zwar von dem Mann, der den Aufstand vom 20.7.1944 niedergeschlagen hatte). Sie erreichte 1951 in Niedersachsen 11% und hatte bundesweit 10.000 Mitglieder. 1952 wurde die SRP vom Bundesverfassungsgericht auf Betreiben der CDU-Bundesregierung verboten, dabei wurde vom BVG festgelegt, was man/frau mindestens an diesem System ablehnen muß, um Extremistin zu

sein: dies heißt seitdem freiheitlich demokratische Grundordnung (fdGO). Sich hierauf berufend wurde 1956 die KPD verboten. Ebenfalls 1949 wurde die "Deutsche Gemeinschaft" gegründet, die als eine Keimzelle der sog. "Neuen Rechten" von Bedeutung ist. Diese Richtung beruft sich nicht auf die Tradition des 3. Reichs, sondern auf national-revolutionäre, "links-faschistische" Ideen, die Hitler 1934 mit dem inszenierten Röhms-Putsch ausschalten ließ. Schließlich wurde 1951 die "Nation Europa" gegründet, das wichtigste Theorieblatt der intellektuellen Neuen Rechten, die, wie der Name schon andeutet, den Schwenk vom deutschen zum europäischen Nationalismus vollzogen hat. Wichtige Namen: Arthur Erhard (Chef der Bandenbekämpfung im 3. Reich), Oswald Mosley (GB) und Julius Evola (Italien).



Wenn Clowns auf die schiefe Bahn geraten

**3. Phase NPD-Zeit:** 1964 wurde mit der NPD-Gründung in Hannover wieder eine die ganze extreme Rechte umfassende Partei gegründet, die während der großen Koalition '61 Abgeordnete in 7 Landtagen hatte (in Ba-Wü 9,8%), bei der Bundestagswahl 1969 4,3%. Ziel war ein "völkischer Kollektivismus" als Grundlage und Zweck eines starken und autoritären Staates. Mit Beginn der sozialliberalen Koalition 1969 konnte die CDU wieder die Aufgabe der parlamentarischen NPD übernehmen, die Partei versank binnen eines Jahres fast zur Bedeutungslosigkeit.

**4. Phase seit 1970:** 1970 wurde, noch von der NPD initiiert, die "Aktion Widerstand" gegründet, die noch einmal kurzfristig das gesamte Spektrum, insbesondere die sich neu bildenden Wehrsport- und Terrorgruppen, organisatorisch vereinte. Auch wenn es seitdem keine gemeinsame Organisation mehr gibt, sondern viele Grüppchen, die ideologisch zerstritten scheinen, besteht im Hintergrund eine Vernetzung, die sich z.B. darin zeigt, daß Gerhard Frey (s.u.) Rechtsterroristen die Anwälte bezahlt oder rechte Schlägergruppen Versammlungen "gemäßigter" Gruppen schützen.

1971 wurde die DVU (Deutsche Volksunion) von Gerhard Frey, einem Millionär (Verleger und Industrieller, Herausgeber u.a. der National-Zeitung), zunächst als Verein gegründet. Dabei spielte einerseits eine Rolle, daß die NPD von ihrem Jugendverband gedrängt wurde, Gedankengut der Neuen Rechten aufzunehmen, sich bei der DVU dagegen die

Alt-Nazis sammelten. Wichtiger wahrscheinlich war aber wohl, daß Frey nicht zum NPD-Vorsitzenden gewählt worden war und sich mit der NPD-Spitze verkracht hatte, was erst 1989 bei der Wahlabsprache zur Europawahl zwischen NPD und DVU ein Ende fand. Heute wird die DVU allerdings nicht vorrangig von alten Nazis, sondern von 18-24-jährigen gewählt. Seit Beginn der 70er Jahre gibt es eine Vielzahl terroristischer Gruppen wie die um Michael Kühnen. Ebenso gab es vermehrt neonazistische Gruppen, die anders als die sich modernisierenden oder systemkonform gebenden Parteien sich offen zur Hitlerdiktatur bekannten. Schließlich wurden 1983 die Republikaner von Franz Schönhuber und zwei Ex-CSU-MdB's gegründet, die mittlerweile jedoch aufgrund innerer Querelen bereits wieder fast bedeutungslos geworden sind.

Heute ist vor allem die "Deutsche Liga für Volk und Heimat", die am 3.10.1991 (oder 1990) von verschiedenen ehemaligen Rep-, NPD- und DVU-Funktionären gegründet worden ist (u.a. dem bayrischen Schönhuber-Gegenspieler Harald Neubauer und dem langjährigen NPD-Vorsitzenden Martin Mußnug), von Bedeutung, da sie eine neue organisatorische Einigung des rechtsextremen Spektrums anstrebt, und außerdem noch der Rest der NPD, der sich unter Vorsitz von Günter Deckert, einem suspendierten Studienrat aus Weinheim, konsolidiert hat.

### ... und an den Unis?

Allgemein ist zu sagen, daß rechtsextreme Hochschulgruppen an den Unis meistens wenig Einfluß hatten und viele Aktivisten sich gleich in den Parteien engagiert haben. Dennoch gibt es einige sektenähnliche gefährliche Gruppierungen und darüber hinaus immer wieder Gründungsversuche wie den Republikanischen Hochschulverband (s.u.), deren Mitglieder sich dann später in führenden Positionen in rechtsextremen Parteien und Verbänden finden lassen. Leider mußte aus Zeitgründen im Vortrag das Thema rechtsextreme ProfessorInnen flachfallen - gerade die theoretische Fundierung der europäischen Neuen Rechten wurde von beamteten Uniprofs geleistet, insofern ein sehr relevantes Thema. Dies auch, weil es hier eine sehr

# FSK - Ein Versuch, politische Alternativen aufzuzeigen

Die momentane (sicher immer wieder notwendige) Debatte um das Selbstverständnis der FSK und ihrem Verhältnis zu den Hochschulgruppen ist meines Erachtens von einer gewissen Konzeptlosigkeit gekennzeichnet. Konzeptlosigkeit einerseits im Hinblick auf die spezifischen Gründe, warum sich die FSK bewußt in der existierenden Form gegründet hat, andererseits hinsichtlich der Rolle, die sie in der studentischen Meinungsbildung und der Artikulation studentischer Standpunkte spielen soll. Sie wird unter anderem hervorgerufen durch den Generationswechsel, der sich zur Zeit vollzieht, bei dem die persönlichen Erlebnisse, die zur Gründung der FSK führten, aus dem aktuellen Diskussionsbezug verschwinden. Eine kritische Reflexion der Verhältnisse und der Motivation, eine Struktur wie die FSK mit Leben zu erfüllen ist daher angebracht.

In den "Heidelberger Blättern" formuliert Christian Willenbrink 3 Thesen, auf die ich jetzt im einzelnen eingehen möchte.

*These 1: Auf der Ebene der Gesamtuniversität ist es notwendig, deutliche politische (manchmal auch parteipolitische) Tendenzen zu zeigen. Ein politische Gruppierungen ablehnender Einheitsbrei zeigt keine Außenwirkung, und ohne Außenwirkung keine Veränderung.*

Ihr ist zuzustimmen, angemerkt werden muß allerdings, daß sich "deutliche politische Tendenzen" nicht ausschließlich in politischen Programmen manifestieren. Durch die tägliche Arbeit und Aktionen werden im selben Umfang Positionen bezogen, die sich im Idealfall zu einer ko-

härenten politischen Linie ergänzen. Ein Defizit bezüglich expliziter inhaltlicher Stellungnahmen ist allerdings zur Zeit festzustellen. Der FSK würde es aus diesem Grunde sicherlich gut anstehen, zu spezifischen Punkten Statements (z.B. in Form von Flugblättern oder Diskussionsveranstaltungen) explizit als "FSK" in die universitäre Öffentlichkeit zu tragen. Die Hochschulgruppen stehen aber auf diesem Gebiet nicht besser da, da von ihnen in den letzten Semestern bis auf singuläre Ausnahmen genauso wenig zu inhaltlichen Themen zu hören war. Der Schluß auf einen strukturellen Mangel ist daher nicht zulässig.

*These 2: Um die geforderte Außenwirkung zu erzielen, bedarf es der Mitwirkung, bzw. der Willensbekundung einer größeren Anzahl von Studierenden. Es genügen nicht einzelne Aktivist:innen, um sich zu versammeln.*

Diese allgemeine Feststellung stellt einen ganz prinzipiellen Grund für die Einführung der bestehenden Struktur dar. Das Motivieren und das "Schaffen politischen Bewußtseins" unter Studierenden stellt natürlich eine der großen Herausforderungen an jede Art (nicht nur studentischen) politischen Handelns dar. Durch die (allgemein von den HSGs kritisierte) Offenheit der FSK mit der Möglichkeit für Interessierte, einen AK einzurichten, und durch die nicht zu leugnende Anbindung an die Fachschaften besteht mit Sicherheit eine Absenkung der Hemmschwelle Einzelner zur politischen Betätigung. Insbesondere das breite Spektrum an Themen, das von fakultätsspezifischen Themen bis zur Kommunalpolitik reicht, erleichtert den Einstieg in die Politik, auch mit einer zwanglosen

Möglichkeit, in verschiedene Ebenen politischen Handelns hineinzuwachsen. Hier wirken jegliche Art politischer Hierarchien, wie sie sich in den Formen der repräsentativen Organisation finden, kontraproduktiv.

*These 3: Für die Aktivierung von weiteren "KämpferInnen" für die Rechte der Studierenden ist die sich mehr und mehr selbstständigende Struktur der FSK nicht die richtige Form.*

Ihr müßt natürlich energisch widersprochen werden. Denn die Einführung der FSK-Struktur war genau durch den Anspruch und den Versuch begründet, zu den anderswo existierenden mittelbar demokratischen Strukturen eine Alternative anzubieten, die ein Höchstmaß an Kontrolle über die Vertretung studentischer Belange und Durchsichtigkeit getroffener Entscheidungen gewährleistet und sie nicht per Wahlentscheidung zu einem wie immer gearteten Gremium ohne direkte Anbindung wegzudelegieren. Daß hierbei immer eine Schere zwischen Anspruch und Realisation übrigbleibt, will niemand wegdiskutieren. Daß sich auch in einem solchen System "Eliten", d.h. Leute mit Wissens-, Erfahrungs- und Einflüßvorsprung bilden, ist eher eine Eigenschaft der menschlichen Psyche, denn des spezifischen Systems. Denn wie sieht die Alternative aus?

In einem repräsentativen System, bei dem durch Wahlen ein "Parlament" für eine gewisse Zeit gewählt wird, treten genau die kritisierten Symptome auf: Die Kontrolle ist den unmittelbar Beteiligten entzogen (selbst bei Beteiligung der Opposition), Korrekturen können erst nach Ablauf der Legislaturperiode durch geändertes Wahlverhalten angebracht werden. Verselbständigungstendenzen, die Bildung von Informations- und Einflußmonopolen und mangelnde Durchsichtigkeit von politischen Entscheidungen werden dadurch begünstigt. Natürlich stellt die FSK-Struktur im Grunde eine politische Utopie dar, die nie in dem Maße, wie sie modellhaft vorstellbar ist, funktionieren wird. Der wesentliche Punkt, der aber ihre Existenz notwendig macht, ist der Versuch, auf einer Ebene, in der basisdemokratische Entscheidungen noch allzu große praktische Probleme vollzogen werden können, eine Alternative zur herrschenden politischen Entscheidungsfindung zu praktizieren (Holger, hooool mal Luft, d.s.zr.), um das Erleben demokratischer Kultur zu demonstrieren und so ein über die Universität hinaus reichenden Beitrag in unserer Gesellschaft zu leisten. An diesem Anspruch müssen sich die Modelle der HSGs und ihre reale Arbeit messen lassen. Die Alternative, die von den parteinahen HSGs seit 1977 gefordert wird, ist das Modell eines Studierendenparlaments. Schon ein Blick an die Universitäten in BaWü, die als alternative Struktur einen "USTA" besitzen, zeigt, daß auch mit einer solchen Struktur keine paradiesischen Verhältnisse einkehren. Der politische Umgang der Gruppen untereinander ist nicht besser (man schaue sich nur das Scheitern des USTA in Mannheim an), der Politisierungsgrad unter den Studierenden in keinem Fall höher. Selbst auf dem Gebiet der Serviceleistungen sind keine systemimmanenten Vorteile erkennbar. Hier gilt es in der Tat, die Fragen einmal an die HSGs zurückzugeben, um die Tragfähigkeit ihres Modells zu hinterfragen. Daß es zum Beispiel ein Projekt wie die Herbst- bzw. Sommeruni, das in sein siebtes Jahr geht, an anderen Unis in BaWü nicht gibt, ist sicherlich ein Beweis für die Potentiale, die in dem FSK-Modell steckt.

## Kinderbetreuung - kein Problem mehr Eine Idee von der Frauen-VV

Frau höre und staune: Es kamen doch vielleicht 13 Frauen zur unweiten Frauenvollversammlung, zu der das autonome Frauen- und Lesbenreferat (AFLR) letzten Dienstag eingeladen hatte. Leider konnte nur wenig inhaltliches erarbeitet werden; immerhin jedoch folgendes:

Für studierende Eltern ist es oft schwierig, ihr Studium mit der Betreuung ihrer Kinder zu vereinbaren. Deshalb besteht von mehreren Betroffenen der Wunsch, sich mit anderen zusammenzuschließen und im Wechsel auf die Kinder aufzupassen. Da sich das Problem stellt, Studierende in der gleichen Lage zu finden, bietet sich das AFLR als Koordinationsbüro an. D.h. Ihr könnt zu den Bürozeiten des AFLR (bitte im Kastraa erfragen) im Kastraa Eure Adresse hinterlegen und eurerseits Adressen erfragen.

Weiterhin soll ein Reader herausgegeben werden, in dem alle Adressen von Frauengruppen, -Cafés u.ä. zu finden sind.

Die beiden Referentinnen des AFLR informierten uns über die Eröffnung des "Internationalen Kommunikations- und Beratungszentrums für ausländische Frauen und Mädchen e.V." Heidelberg, das sich in der Poststr.8 (Eingang: Hinterhof links, Tel.:182334) befindet. Diese Frauen sind daran interessiert, Kontakte zu deutschen Frauen zu

knüpfen. Zum gegenseitigen Kennenlernen habt ihr am Sonntag, den 12.1.1992 ab 15.00 Uhr im Frauencafé die Möglichkeit.

In der VV kam der Bedarf auf, zu wissen, was an den verschiedenen Fakultäten bzgl. Frauenarbeit läuft. Aus diesem Grund wurde vereinbart, vorerst monatlich eine Frauen-VV zu veranstalten, in der Hoffnung, daß zu dieser mehr Frauen kommen als bisher. Die nächste findet am Donnerstag, den 23.1.92 um 18.00 Uhr statt, vermutlich im Dachgeschoß des Studihauses (wird noch rechtzeitig bekanntgegeben), zu der JEDE Frau herzlich eingeladen ist. Zusammenfassend noch die wichtigsten Termine:

Di, 7.1.92, 19.00h im Kastraa, Vorbereitungstreff Sommeruni (Es werden noch dringend Frauen gesucht für den geplanten Frauenblock)

So, 12.1.92, ab 15.00h, im Frauencafé multikulturelles Cafétrinken und Kennenlernen

Do, 23.1.92, 18.30h, Uni-Frauen-VV

Fr, 24.1.92, Koordinationstreff in Bielefeld zum Thema "feministische Frauenhochschule"

## Die Heidelberger Hochschulgruppen: Therapiebedürftig?

In der FSK ist seit einiger Zeit eine Diskussion darüber im Gange, wie durch eine Integration, bzw. Zusammenarbeit mit den Heidelberger Hochschulgruppen (HSGs) eine breitere Basis der Studierenden repräsentiert (bzw. angesprochen) werden könnte. Obwohl die FSK als unabhängige Struktur im Gegensatz zu den Hochschulgruppen für alle politischen Initiativen an der Universität offen ist, weigern sich bislang alle HSGs (aus verschiedenen Gründen) mit der FSK in Sachfragen intensiver zusammenzuarbeiten, weil dies die FSK, bzw. das Fachschaftsratemodell als solches anerkennen würde. Das basisdemokratische Fachschaftsratemodell (im übrigen an nahezu allen Unis in BaWü mit absoluten Mehrheiten erfolgreich!) ist als Alternative zum universitären Parteien-Parlamentarismus angetreten und wird deshalb von den Hochschul-"Parteien" (naheliegenderweise) abgrundtief verachtet.

Während der RCDS im wesentlichen mit den von der (CDU-) Landesregierung geschaffenen Institutionen (ASTA, Fachschaften im Sinne des HRG) zufrieden ist, tritt die JUSO-HSG für ein Studierenden-Parlament (StuPa) ein. Die LHG hat in der Modell-Diskussion bisher keine Position bezogen, wahrscheinlich weil es ihr als einziger Hochschulgruppe gelungen ist, ihren Zweck und ihre Funktion bereits klar zu definieren: Werbung für die LHG - "sonst nichts"! Das Problem liegt auf der Hand: Die FSK will, um eine breitere Basis der Studierenden zu repräsentieren, die HSGs integrieren. Die HSGs dagegen wollen die FSK (bzw. das Fachschaftsrate-Modell) abschaffen, um endlich in Ruhe "Klein-Bonn" spielen zu können.

## Hochschulgruppen-Stammtische - Zusammenlegung jetzt!

So alt wie die Modell-Diskussion, ist die originelle Idee, die drei Heidelberger Hochschulgruppenstammtische in einem StudentInnen-Parlament (StuPa) zusammenzulegen. Diese revolutionäre Idee verrät einiges über das kreative Potential, das sich in den HSGs zu einer Art politischen Triebstau angesammelt hat. Heftig wird in letzter Zeit wieder am Feindbild FSK gebastelt. Die FSK ist nach diesem Feindbild die dogmatische "Einheitsliste der Fachschaften", die mit Hilfe von "Autonomen", "Frauen", "Lesben", "Antifa-ReferentInnen und einer Anzahl "nicht legitimer" Bösewichte alles unternimmt, Umdeutung an der Universität zu verbreiten. Böse FSK!

## Feindbild FSK

Daß es sich bei der Verbreitung dieses Feindbildes um die platte Neuauflage alter Vorurteile handelt, kann natürlich nur denjenigen auffallen, die das dröge Affentheater bereits seit Jahren mitangesehen haben. Die Dramaturgie ist immer dieselbe! Besonders enttäuschend muß die Farce auf diejenigen FSK-VertreterInnen wirken, die in diesem Semester versucht haben, guten Willens auf die HSGs zuzugehen. Den Weg in die FSK sucht man seitens der HSGs ja schon aus Prinzip nicht. Die offensive "Freundlichkeit" und Kooperationsbereit-

Die Diskussion um Vertretungsmodelle und Strategien der Demokratisierung der Universität hat in Heidelberg Tradition. Sie wird in 1-Semesterfrequenz neu aufgelegt. Das muß wohl so sein, denn die Anzahl der StudienanfängerInnen wächst stetig. Selbstverständlich haben die plötzlich in den Arsch der Welt gestellten ErstsemesterInnen (und nicht nur die) keinen blassen Schimmer was "FSK" oder "StuPa" sind und sollen. Wie sollten sie auch! Deshalb nachfolgend ein Beitrag zur "politischen Willensbildung". Er ist einerseits informativ, andererseits aber auch aufrechtigerweise gnadenlos einseitig!



schaft einiger HSG-VertreterInnen ist so überzeugend desillusionierend, daß eben auch die eigenen Vorurteile bestätigt werden. Ich möchte deswegen im folgenden auch etwas "freundlicher" Stellung beziehen. Lächeln und Zähnefletschen liegen sehr nahe beieinander! Die Vorstellung, daß die Fachschaften sich dem politischen Gutdünken von Sandkasten-ParlamentaristInnen unterwerfen sollen, erfüllt mich mit nicht unbeachtlichem Schrecken! Und euch?

## Theorie und Praxis - Alle reden von "verändern", manche tun es!

Als Minimalkonsens bleibt, daß alle studentischen Initiativen und VertreterInnen sich in einem Punkt einig sind: Sie wollen die Universität mehr oder weniger verändern. Große Unterschiede gibt es allerdings hinsichtlich des Grades und der Qualität der Veränderungen und der Art und Weise ihrer Durchsetzung. Theoretisch-formale Strategien stehen gegen spontaneistisch-praktische! Die FSK favorisiert letztere, ohne erstere zu vernachlässigen. Unsere Erfahrung ist, daß sich durch das jahrelange, inflationäre Aussprechen des Begriffes "StuPa" oder selbstbezogene HSG-Produktwerbung ("Es gibt uns! Wir sind sooo toll!") an der Universität nichts verändern läßt. Ein neuer Klospruch in der Marstall-Mensa erzeugt mehr Bewegung und Irritation als ein Politikverständnis, das alte, öde Muster ewig wiederkaut. Verändern kann sich die Universität nur dort, wo sich Initiativen,

Arbeitsgruppen und engagierte Einzelne direkt "an der Front" um studentische Interessen und Probleme kümmern. Die "Front" studentischen Interesses, an der Veränderungen erkämpft werden, ist nicht in erster Linie der senile Senat (der einmal im Semester tagt) oder ein analoges parlamentarisches StudentInnen-Laberrundchen, sondern der **Universitäts-Alltag**:

- hirnrisrige Prüfungsordnungen
- Wohnungsnot
- Überfüllung
- Diskriminierung von Frauen
- leere Lehre
- kleinliches Konkurrenzverhalten
- Studium jenseits jeglicher Praxis
- nach-mir-die-Sintflut-Mentalität
- Entpolitisierung

(bitte die Liste nach eigenen Erfahrungen ergänzen...)

## Nicht nur zur Wahlkampfzeit ...

Im universitären Alltag sind Fachschaften und FSK nach wie vor (fast) die einzigen Garanten eines vielfältigen Reformdruckes von unten. Politische Arbeit ist - das scheinen einige nur sehr schwer zu ertragen - auch ohne RCDS-Tasse, Liberallala- oder Juso-Button möglich! Wir müssen nur die Augen und Ohren öffnen, um zu erkennen, daß der Import des toten Parteien-Parlamentarismus auf die Ebene studentischer Interessenvertretung die endgültige Abschaffung der Hoffnung auf eine **tatsächlich** und nicht nur formal demokratischere Universität wäre.

## StudentInnen-Parlament (StuPa) - Rätemodell (FSK)

Ein StudentInnen-Parlament ist auf den parteiähnlichen Status von Hochschulgruppen zugeschnitten; ein Rätemodell dagegen ist ein **Initiativ-Modell**, das demokratische **Organisationsfähigkeit nicht von Hochschulgruppen-Mitgliedschaft abhängig** macht. Es erlaubt den Hochschulgruppen in Fachschaften und Arbeitsgruppen für ihre Interessen zu werben, um damit Einfluß auf die Entscheidungen des Fachschaftsrate-Gremiums zu gewinnen. Umgekehrt erlaubt ein Hochschulgruppen-Parlament eine aktive Partizipation nur über den "Filter" Hochschulgruppe. Fachschaften oder spontane Initiativen, die unabhängig arbeiten wollen, werden gezwungen, einen Hochschulgruppenstatus anzunehmen, wenn sie im Parlament mitwirken wollen. Das Rätemodell umgeht diesen Mangel, indem es **Organisationsform und Legitimationsmodus weitgehend den Fachschaften selbst überläßt**. Es dürfen so **auch** Menschen partizipieren, die noch nie eine Stimme bekommen haben !!!

## Aktiv partizipieren, statt delegieren.

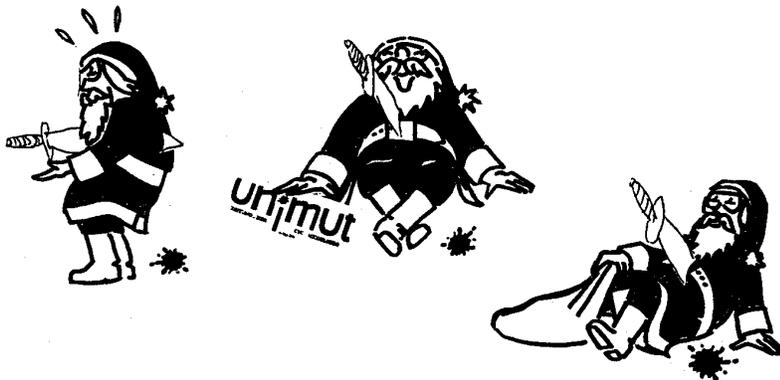
Weil die Organisationsform Fachschaft nicht wie die Organisationsform Hochschulgruppe parteipolitisch und strukturell vorbestimmt ist, ist sie in hohem Maße unabhängiger und flexibler. Sie hat den Nachteil, daß sie von privatisierenden Klüngeln (oder Hochschulgruppenablegern) instrumentalisiert werden kann. Die Erfahrungen in Heidelberg und anderen Universitäten

# uni mut

ZEITUNG an DER UNI HEIDELBERG  
Nr. 49

17.12.91

## Weihnachten abgesagt FSK-Kommando bekenn: "Wir haben am 15.1.91 den Weihnachtsmann (...) hingerichtet..."



Vollkommen überraschend muß das dies-jährige Fest der Liebe kurzfristig abgesagt werden. Die Hauptperson des Spektakels, der Weihnachtsmann, ist am 3. Advent einem fürchterlichen und verabscheuungswürdigen Anschlag zum Opfer gefallen. Wir verneigen uns vor den Leistungen dieses großen Mannes in tiefer Ehrfurcht. Unsere Trauer findet keine Worte. Wir sind alle echt entsetzlich betroffen.

UNIMUT dokumentiert im Wortlaut das Bekennerschreiben der Terroristen:

*Wir haben am 15.12.91 den Weihnachtsmann in einer Blitzaktion hingerichtet!*

*Der Weihnachtsmann ist von einem Kommando "Stille Nacht" der FSK liquidiert worden. Als Symbol des faschistischen, rassistischen, sexistischen, imperialistischen (Brief von der Red. an dieser Stelle gekürzt...) Schweinesystems hatte der Weihnachtsmann sich seit Jahrhunderten als Büttel des Imperialismus angebediert, ungezählte Kinder mit "Alf"-Puppen und "Monopoly" systematisch verblödet und hundertaufende von Lohnabhängigen dazu gebracht, unschuldige Bäume zu entwurzeln.*

## Heidelberger Mexico-Kaffee abgesetzt

Man, so sonderlich setzen konnte er sich ja nicht, es gab ihn ja nur ein Semester lang, und das nur in zwei Cafétten - den NichtraucherInnen-Cafétten im Neuenheimer Feld und Triplex, von dort ist er dann im Wintersemester 1991/92 verschwunden, und dies ohne eine Mitteilung, geschweige denn einer Begründung seitens des Studentenwerks. So blieb sein Verschwinden auch einige Zeit unbemerkt, erst Nachfragen bei der Kassiererin ergaben: "Mexiko-Kaffee? Den gibt's schunn lang nimmi." Dabei wurde uns doch zugesichert, das Projekt würde weitergeführt, ja sogar von einer uniweiten Ausweitung wurde geredet, sollte er sich erfolgreich verkaufen, dies sei auch geschehen, wurde uns gesagt. Die Fachschaftskonferenz wollte dann auf der Verwaltungsratssitzung des Studentenwerks am 06.12.91 die Begründung dafür haben, warum es keinen Mexiko-Kaffee mehr gibt und warum er nicht, wie versprochen, im Erfolgsfalle uniweit angeboten würde. Herr Gutenkunst, seines Zeichens Chef des Studi-Werkes antwortete sinngemäß folgendes: Der Kaffeelieferant, die Organisation Gega, sei ja sehr suspekt und überhaupt nicht gemeinnützig (zur Erläuterung: diesen Anspruch hat sie ja auch gar nicht...und überhaupt: ist vielleicht IDEE-Kaffee gemeinnützig?). Außerdem

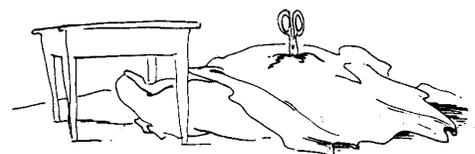
sei ein Mehrpreis von 10 Pfennigen pro Tasse allgemein nicht zumutbar, weil dabei eine Minderheit übergangen würde, nämlich die, die durch diese Preiserhöhung offensichtlich in den finanziellen Ruin getrieben würden (laut einer repräsentativen Umfrage des 3.Welt-Ladens Heidelberg sprechen sich von 2510 Befragten 96,1% für Mexiko-Kaffee und die resultierende Preiserhöhung aus, lediglich die Minderheit von 1,2% dies ab). An dieser Stelle sei erwähnt, daß der Essenspreis in den Mensen demnächst auf DM 2,90 steigen wird...fühlen wir uns dabei nicht alle irgendwie als eine übergangene Minderheit? Letzter "Grund" ist für das Studi-Werk auch noch, eine Wahlmöglichkeit zu bieten, d.h. will ich gerechten oder ungerechten Kaffee trinken, allerdings wenn ich dabei rauchen will muß ich ungerechten Kaffee trinken... Sei's drum, wir geben uns nicht damit zufrieden, daß der Mexiko-Kaffee wieder in die beiden NichtraucherInnen-Cafétten kommen soll, so sicherte uns das Studi-Werk zu, wir wollen gerechter vermarkteten Kaffee überall und mit uns eine überwältigende Mehrheit der Studierenden (laut Umfrage). Kann es sich das Studentenwerk auf Dauer leisten, sich dem zu verschließen...?

Fortsetzung folgt...(bestimmt)

## Konditorial

LeserInnen - Wir lieben Euch !!!!!!!

Auch in diesem Jahr schnell noch die obligatorische Liebeserklärung an alle LeserInnen von UNIMUT! Wir wären so gerne mit jedem/jeder im Mondschein spazieren gegangen! Aber wie immer war nur Papier zwischen uns! Aaaaach! (sonorer Ton des Bedauerns) Vorausgesetzt, die FSK-Selbstverständnis-Diskussion fordert keine weiteren Opfer, kündigen wir für's nächste Jahr das mega-geile UNIMUT-Jubiläum an! (3 Jahre UNIMUUUUUT!!!, nächste Ausgabe is' die fuffzigste !!!) Außerdem findet (voraussichtlich am 9.Februar) eine abartig exzessive UNIMUT-Jubiläums-Fete statt. Also: Notiz in den Kalenda. Die Welt wird nach dieser Fete nicht mehr die sein, die sie vorher war! Oder doch? Egal!



KNECHT RUPRECHT SCHLÄGT ZURÜCK

haben aber gezeigt, daß die Fachschaftsrate-Modelle mit diesem Problem in der Praxis gut fertig werden, weil ausreichende Mechanismen existieren, die einseitig dominierte Fachschaften zu Kompromissen und Auseinandersetzung mit anderen zwingen. Gerade die Möglichkeit aktiver Partizipation ist ein effektiver Kontrollmechanismus der formal legitimierten VertreterInnen. Diese können sich so nicht arrogant mit dem Verweis auf ihr "Gewähltsein" über andere erheben. Der Rückzug in ein Parlament (Das ja auch als Festung der Macht mißbraucht werden kann) wird durch die Möglichkeit der "Einmischung" aller wirksam verhindert.

## Parteipolitische Filterfunktion & überregionale Organisation

Eine hochschulgruppenbezogene Vertretungsstruktur ist zudem nur für solche StudentInnen offen, die sich der jeweiligen Parteipolitik des Hochschulgruppen-Parteiblegers nahestehend fühlen. Es ist nicht gottgegeben, daß Hochschulgruppen ein Abziehbild der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft darstellen. In einem universitären "Parteiensystem" wäre zu befürchten, daß parteipolitische Verhaltensmuster gepflegt werden würden, die wir überwinden wollen:

- Parteidisziplin
  - Geschlossenes Auftreten nach außen, um die tatsächlichen Interessenunterschiede zu verschleiern
  - Förmalismus
  - Zentralistische Organisation, bzw. Zentralisierung von Entscheidungen.
- Zentralisierung von Entscheidungen. Letzterer Punkt kommt in der bundesweiten Organisation der meisten HSGs zum Ausdruck. An sich sollte eine solche Organisation ein Bonus für schlagkräftiges hochschulpolitisches Engagement sein, doch die HSGs fallen durch mangelhafte inhaltliche Arbeit trotz(wegen?) finanzieller und ideeller Bundes-Unterstützung auf. Außer "Musterflugblättern" des RCDS-Bundesvor-

standes beschert uns diese "Großer-Bruder"-Organisationsform auch hin und wieder dröge SPD-Funktionärs-Tourneen durch die Unis. (Hallo LHG! Nix los bei euch? Wann kommt Genschman?)

## HSG-Politikverständnis nach Machiavelli: Politik ist Herrschaftskunstlehre

Der Wunsch der HSGs nach einem parlamentarischen Vertretungsmodus erscheint auf dem Hintergrund des Vorbildes der "großen" Parlamente sehr verständlich. Ein Dreiparteiensystem nach dem gewohnten Klischee SPD/CDU/FDP verläßt sich auf die jahrelange Konditionierung der potentiellen WählerInnen auf die "etablierten" Parteien. Wenn die Parteien ihre Stimmen erst einmal "haben", regiert sich dann ungeniert basisfern. Der Vertretungsanspruch degeneriert zum Herrschaftsanspruch. Die selbstgerechte Machtverwaltung im formaldemokratischen Parlament verweigert sich außerparlamentarischen Partizipationsmöglichkeiten oder Elementen einer plebiszitären Demokratie. Wir kennen das Affentheater, das entsteht, wenn sich "Regierung" und "Opposition" um nichts anderes als ihre Machtpositionen streiten.

## Demokrapoly - Parlamentarismus, Profineurosen, Machtkämpfe ...

Die wichtige Konkurrenz bei der Durchsetzung unterschiedlicher Interessens wird sich in einem statischen Vertretungsmodell nicht in erster Linie auf Inhalte zentrieren, sondern in Macht- und Flügelkämpfen, Profineurosen und gruppenspezifischen Abschottungsprozeduren verbrauchen. Es liegt auf der Hand: Wer sich mit machtpolitischen Flügelkämpfen aufreibt, der kommt nicht zum substantiellen, inhaltlichen Arbeiten. Mensch kann tagelang über Satzungen, Satzungsänderungen, Abstimmungsmodi für Satzungsänderungen, Satzungen für Abstimmungsmodi diskutieren. Mensch kann es aber auch sein lassen, um die Zeit für inhaltliche Arbeit zu nutzen!

## ... statt dessen: Kooperation und produktive Konkurrenz

Ein offenes Vertretungsmodell, das die Gefahr der parlamentarischen "Fossilierung" umgehen will, darf deshalb nicht bereits strukturell auf destruktive Konkurrenz von Parteien angelegt sein, sondern muß produktive Konkurrenz und Kooperation von Initiativen strukturell begünstigen. Ein Rätemodell ist schon deshalb besser geeignet, diese Aufgabe zu erfüllen, weil es an der in Fachbereichen aufgelagerten Struktur der Universität orientiert ist und strukturell von jeglicher parteipolitischen Orientierung abstrahiert. Es gibt 3 (!) HSGs, aber 35 (!! ) Fachbereiche (in denen 32 Fachschaften (!!!) momentan aktiv sind)

## Rätemodell und Fachbereichsansatz

Die Fachschaften können viel spezifischer Mängel und Bedürfnisse in ihren Fachbereichen erkennen und entsprechende Willensbildungsprozesse in konkrete hochschulpolitische Aktivitäten umsetzen. Beispiel: Das Problem "AIP" (Arzt im Praktikum) ist von einer Hochschulgruppe, die nicht zufällig MedizinerInnen unter ihrem Etikett einschließt erheblich "weiter entfernt" als von einer Fachschaft der Medizin-Studierenden, die sich eben viel besser auskennen, weil sie Medizin studieren. Darüberhinaus sind fachspezifische Probleme an anderen Fachbereichen in aller Regel (und bedauerlicherweise) uninteressant. Der GermanistIn geht normalerweise das AIP-Problem ebenso wie der MedizinerIn Prüfungsordnungsprobleme der Germanistik "am Arsch vorbei", wie mensch so schön sagt. Diesem gegenseitigen Desinteresse wirkt der Fachbereichsansatz entgegen. Die fachbereichsspezifischen Probleme werden im FSK-Modell interdisziplinär wahrgenommen und erzeugen ein Problembewußtsein, das über den Teller- rand des eigenen Fachbereichs hinaus- blickt, um gemeinsame Alternativen zu entwickeln.



## IMPRESSUM

Nr. 49 17. Dezember '91  
 UNIMUT erscheint: am 16.1.92(!)  
 proschd Neijoohr!  
 Redaktionsschluß: Montags, 14<sup>00</sup> Uhr  
 Mitarbeit diesmal: Michal Cäcilie Gerald  
 Matthias Till Bernd  
 Monika Kirsten André  
 Druck: Druckwalze GdbR  
 Auflage: 2500  
 LeserInnen-Beiträge: sind jederzeit erwünscht & sollten nur in Ausnahmefällen 2 DIN-A-4-Seiten überschreiten.  
 Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die Autor(in) verantwortlich! Die Redaktion behält sich sinnvermehrnde Kürzungen und kostenlose, orthographische Dienstleistungen vor!

v.l.s.d.p: F(ach)S(chaf)ts)K(onferenz)  
 Lauerstraße 1  
 6900 Heidelberg  
 Tel.: 06221/542456/7

## "Mainzer Uni-Kaffee ist jetzt politisch veredelt"

Einen flächendeckenden Erfolg in den Cafeterien der Mainzer Universität und der Fachhochschulen in Bingen und Mainz hat die "Kaffee-Kampagne El Salvador" erzielt. Auf Initiative des "Aktionsbündnisses Kaffee-Kampagne" und des Lateinamerikakomitees Mainz haben Fachschaften, Asta und Studentenwerk beschlossen, Kaffee nicht mehr von den Röster-Multis zu beziehen. Die konnten, wenn sie es überhaupt für nötig erachteten, auf die Anschreiben des Studentenwerkes zu reagieren, nicht garantieren, daß in ihren Mischungen kein Kaffee aus El Salvador enthalten ist. Zum Boykott salvadorianischen Kaffees rufen die Lateinamerika-Initiativen auf, um Druck auf die Kaffee-Oligarchie in dem mittelamerikanischen Staat auszuüben, wo im Bürgerkrieg schon mehr als 70000 Menschen getötet wurden. Die Kaffeebarone bestimmen in dem Land, in dem über 70 Prozent der Deviseneinnahmen aus dem Kaffee-geschäft stammen, Politik und Wirtschaftsbeziehungen. Selbst-Organisationsversuche der Kaffeearbeiter werden durch das Militär seit zwei Jahrzehnten blutig unterdrückt.

"Unser Kaffeepreis ist ein politischer Preis," sagt Mensa-Chef Reiner Biolrucki vom Mainzer Studentenwerk. Man habe in Mainz keine Probleme gehabt, sich für "fair gehandelten Kaffee" zu entscheiden. Lieferant der in der Uni und den Fachhochschulen erforderlichen Jahresmenge von sieben Tonnen Kaffeebohnen ist die "Aktion Dritte Welt Handel Gepa". Wie der Sprecher der Regionalstelle Mitte in Seligenstadt, Rainer Sakic, erläuterte, geht es für die Gepa bei dem Uni-Projekt auch um den Beweis, "auf sicheren Vertriebswegen und auch in großer Menge in garantierter Qualität alternativen Kaffee" anzubieten.

Die Studenten in Mainz und Bingen, die alljährlich einige Millionen Tassen Kaffee schlürfen, trinken seit Anfang November café organico aus einer mexikanischen Kleinbauerngenossenschaft.

Die Pflege der angeblich besseren Sorte, der Anbau unter ökologischen Bedingungen, der Aufbau neuer Vertriebsstrukturen in den Anbauländern neben den eingefahrenen Wegen der

Multis verteuert den Kaffeepreis. Außerdem zahlen die alternativen Kaffeehändler deutlich über dem Weltmarktpreis, um die Kaffeebauern nicht weiter in Verarmung und Abhängigkeit zu lassen. Auch für die Studenten und Studentinnen in ermunternder Kaffeerunde in Mainz macht sich das bemerkbar. Sie bezahlen für eine Tasse seit Wochenbeginn 90 Pfennig und damit zehn Pfennig mehr als bisher. Doch von der Verteuerung gehen nur fünf Pfennige auf das Konto des Alternativkaffees. Die restliche Verteuerung haben sich die Studenten selbst eingebrockt, die jeweils zu Semesterbeginn ihre Küchen-Ausstattung mit Geschirr und Besteck — "und wir verwenden schon das häßlichste" — aus den acht Cafeterien in Mainz und Bingen auffüllen.

MICHAEL GRABENSTRÖER (Mainz)

(Quelle: FR)

Dieser Ausgabe liegt im Vertriebsgebiet Nordbaden eine Betriebsanleitung der Firma FSK bei. Sollte diese Informationsschrift verloren gegangen sein, kann sie unter 542456/7 angefordert werden.